

JOSÉ CLOVIS DE AZEVEDO

Projekt »Bürgerschule« gegen Vermarktung des Lebens

José Clovis de Azevedo – Prof. Dr., Rektor der Staatlichen Universität des Bundesstaates Rio Grande do Sul (Brasilien). Der hier abgedruckte Text folgt mit leichten Kürzungen einem Vortrag, den der Autor auf der Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung »Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert«, die vom 15. bis 17. 11. 2002 in Berlin stattfand, gehalten hat.

Das Projekt Bürgerschule – *escola cidadã* – ist ein Stück öffentlicher Bildungspolitik, das sich dadurch auszeichnet, daß es die Erfahrung der Partizipation, der Mitbestimmung, zum Hauptelement des Aufbaus von Wissen und des Zugangs zum Wissen macht. Seine Bedeutung wird erst dann richtig zu ermessen sein, wenn man sich klar macht, daß es sich im Widerspruch zur Tradition und politischen Kultur der brasilianischen Gesellschaft entwickelt.

Die Tradition des Kolonialismus und der Sklaverei in der brasilianischen Gesellschaft hinterließ tiefe Spuren in der Organisation, in der Form und in der Funktionsweise unserer Institutionen. Historisch wird die politische Macht durch besitzende Eliten ausgeübt, die den Staatsapparat für den Schutz ihrer Privilegien nutzen. Diese historische Linie schuf und festigte eine politische Kultur, die zu einer Privatisierung der Öffentlichkeit führte. Um ihre Privilegien wahren zu können, hat sich die brasilianische Elite die große Mehrheit der Bevölkerung untergeordnet – und zwar dadurch, daß sie ihre politische Macht durch autoritäre Praktiken sicherte. So ist der brasilianische Staat heute auf der Bundes-, der Bundesstaaten- und der kommunalen Ebene durch eine autoritäre, hierarchisch gegliederte Struktur charakterisiert, die im Dienst der Besitzstandswahrung der sozial privilegierten Kreise steht.

Das politische Projekt von Porto Alegre richtet sich gegen diese historische Tendenz. Es ist von der Absicht getragen, eine demokratische Alternative der Machtausübung zu gestalten, das heißt: jene zu Protagonisten zu machen, denen der Zugang zu den Bürgerrechten bisher immer verschlossen war.

Das substantielle Element dieser neuen Erfahrung ist die Mitbestimmung der Bevölkerung. Die traditionellen Methoden und Begriffe der Beschlußfassung, der Planung und der Ausführung sind umgestoßen worden. Das heißt, die Einseitigkeit der technokratischen Entscheidungen, die im kleinen Kreis der Kabinette im Namen von »Effizienz« und »fachlicher Kompetenz« getroffen werden, und die Argumente der Behörde, die die Zentralisierung der Macht voraussetzen, werden durch die Logik der Mitbestimmung allmählich umgekehrt.

Mit der historischen Tradition wird gebrochen; eine neue Konzeption, eine neue Logik und eine neue Methode lenken die Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft. Im Gegensatz zu den autoritären Beziehungen schafft das neue Projekt Möglichkeiten der Mitbestimmung, die die Einrichtung von Mechanismen zur Kontrolle des

Staates durch die Gesellschaft erlauben. Die politische Hegemonie im Innern des Staates, in den Grenzen des der jeweiligen Bundeseinheit entsprechenden Geltungsbereichs der Staatsfunktion, wird umgekehrt.

Der politische Prozeß der Demokratisierung und Entprivatisierung des Staates in Porto Alegre begann Anfang der neunziger Jahre. Es wurden öffentliche, nichtstaatliche Gremien geschaffen, in denen die Bürger in Zusammenarbeit oder im Konflikt mit den Regierungsorganen die öffentliche Politik beschließen, ausarbeiten und in Gang setzen und dann deren Umsetzung begleiten, überwachen und bewerten. Die Hauptinstrumente der Partizipation, die in den vierzehn Jahren der Erprobung entwickelt wurden, waren die partizipative Haushaltsplanung OP (Orçamento Participativo), der Stadtkongreß und der Mehrjahresplan – eine Planung für einen Zeitraum von vier Jahren.

Die partizipative Haushaltsplanung wurde geschaffen, um die Aufteilung und Verwendung der der Stadt zur Verfügung stehenden Mittel zu diskutieren. Wie in den übrigen Ländern Lateinamerikas gibt es auch in Brasilien eine große Diskrepanz zwischen der Nachfrage nach öffentlichen Dienstleistungen und den dafür vorhandenen Haushaltsmitteln. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, Prioritäten zu setzen, denn viele dieser Bedürfnisse können nicht befriedigt werden. In der Zeit des technokratischen Vertikalismus unterlagen die Entscheidungen »fachlichen« Kriterien, die auf die Interessen einer Minderheit ausgerichtet waren, und sie vertieften auf diese Weise die soziale Ausgrenzung. In der Bürgerverwaltung werden die Prioritäten an Hand von Kriterien festgelegt, die durch Bürger, welche an den Instanzen der partizipativen Haushaltsplanung beteiligt sind, definiert werden.

Ursprünglich lag der Schwerpunkt der partizipativen Haushaltsplanung in der Diskussion über die Haushaltsmittel für Investitionen in den verschiedenen Bereichen der Dienste, die in der Zuständigkeit der Kommunalverwaltung liegen. Mit zunehmender Erfahrung wuchs indes auch die Mitbestimmung. Die Umverteilung der Investitionen zugunsten der bevölkerungsreichsten Stadtviertel ist Ausdruck einer neuen Machtkonstellation. In diesem neuen Rahmen gewinnen die ärmsten Randschichten an politischer Kraft und erreichen eine Umkehrung der Prioritäten. Dieser Vorgang hat einen innovativen und qualitativen Aspekt. Die Diskussion über die Verteilung der Investitionen geht der Diskussion über den Inhalt der öffentlichen Politik nicht voraus, sondern folgt ihr und wird von ihr geleitet. Die Bürger weiten die Diskussion auch dahingehend aus, ihre Wünsche im Hinblick auf Gesundheit, Bildung und Transport für die Stadt zu äußern.

Die Debatte über den Inhalt und den Charakter der Politik erfolgt hauptsächlich in der zweiten Phase. Hierbei werden die Führungskräfte der Kommunalbehörden und die Fachleute immer wieder dazu aufgefordert, zu erklären, zu unterstützen und die Stadtbezirke bezüglich neuer, die ganze Stadt betreffenden Vorschläge anzuhören.

Ein weiterer wichtiger Raum der Partizipation der Bürger ist der Stadtkongreß. Seit 1989 fanden fünf dieser Kongresse statt. Der Stadtkongreß ist das Forum zur langfristigen Planung und zur Erör-

Die Haushaltsplanung von Porto Alegre folgt einem partizipativen Ritual, dessen erste Etappe sechzehn Stadtbezirksversammlungen darstellen, die in den Monaten März und April stattfinden. In diesen Versammlungen legt die Stadtregierung Rechenschaft ab über die Umsetzung der im vergangenen Jahr getroffenen Beschlüsse des Haushaltsplanes; sie informiert über die vorhandenen Mittel, damit diese in der Haushaltsplanung für das kommende Jahr erörtert und aufgeteilt werden können; und es werden die Vertreter gewählt, die die Diskussionen in ihren Wohngebieten in Gang setzen sollen. In der zweiten Etappe, von April bis Juli, wird die Diskussion auf alle Viertel dieser sechzehn Stadtbezirke ausgeweitet. Die Vertreter sprechen mit den örtlichen Einrichtungen: mit den Gemeinschaftsverbänden, Kirchen, Freizeitclubs, Müttertreffs, Gewerkschaften und andere Organisationen. Diese Einrichtungen rufen die Bürger zu Diskussionen über ihre Forderungen und Prioritäten zusammen. Die dritte Etappe beginnt im Juli, wenn die Stadtbezirksversammlungen die Prioritäten festlegen und Berater, die den Rat zur Haushaltsplanung bilden werden, wählen. Im September wird der Haushaltsplan dem Stadtrat übergeben. Bis dahin stimmen die Berater gemeinsam mit den Fachleuten der Stadtregierung die vorhandenen Mittel mit den durch die Stadtbezirke aufgestellten Prioritäten, die in einem vereinbarten Punktesystem dargelegt werden, ab. In der vierten Etappe wird der Haushaltsplan durch den Stadtrat – die Legislative der Stadt – verab-

schiedet. Die Stadtverordneten verabschieden formell den Haushaltsplan, wobei ihre politische Einflußnahme genau darauf beschränkt bleibt, denn jegliche Veränderung des in den Instanzen der partizipativen Haushaltsplanung bewilligten Haushaltsplanes würde eine Konfrontation zum Prozeß der Mitbestimmung und einen großen politischen Verschleiß für die Legislative bedeuten.

terung strategischer Richtlinien zum Beispiel für den Straßenbau, für Sanierungsprojekte oder für den Stadtentwicklungsplan. Am Stadtkongreß nehmen neben den Vertretern der partizipativen Haushaltsplanung Einrichtungen wie Architektenräte, Ingenieurräte, Räte für Gesundheit, für Denkmalpflege sowie Vertreter der Unternehmensbranchen teil.

Die Teilnahme an der partizipativen Haushaltsplanung ist individuell. Jeder Bürger hat bei den Beschlüssen das gleiche Gewicht. Dennoch wurden auch die traditionellen Gemeinschaftseinrichtungen wie Bürgerräte und Vereine revitalisiert und gestärkt – nämlich dadurch, daß sie die Bürger in ihren Räumen einberufen und die Diskussion über die Prioritäten anregen. Normativ- oder Kontrollorgane – so zum Beispiel der Rat für Kinder und Jugendliche, der Rat für Bildung oder der Rat für Gesundheit – sind mit demokratisierter Zusammensetzung umfassend vertreten und wurden im Rahmen der partizipativen Haushaltsplanung zu Antragstellern der öffentlichen Politik.

In den vierzehn Jahren der partizipativen Praxis gab es eine spürbare Verbesserung im Angebot der öffentlichen Dienste in den Stadtrandgebieten. Durch den Ausbau der Kanalisation und Trinkwasserversorgung erhöhte sich der Anteil der Bevölkerung, der Zugang zum Trinkwasser hat, von 60 auf 96 Prozent. Die Abwasserbehandlung stieg von 20 auf 45 Prozent; neuerdings ist ein Projekt zur Behandlung von 80 Prozent der Kloakenabwässer in Gang gesetzt worden. Die Betreuungskapazität des kommunalen Bildungsnetzes wuchs in diesem Zeitraum von 17 000 auf 70 000 Schüler. Betreut werden jetzt 100 Prozent der Kinder von 6 bis 14 Jahren. Die Alphabetenrate bei den über Fünfzehnjährigen wurde von 6 auf 2,9 Prozent reduziert.

Es könnten noch viele weitere Daten erwähnt werden, die ein Ausdruck der Partizipation der Bürger am Prozeß der Umkehrung der Prioritäten sind, durch den ein Wachstum der Investitionen bei den Sozialmaßnahmen in den städtischen Randgebieten möglich wurde. Die Akzeptanz der Vorteile der Partizipation durch die Bürger führte in der Stadt zur Herausbildung einer Partizipationskultur. Die Bevölkerung hat verstanden, daß die Beteiligung eine Investition ist, die objektive Resultate zur Verbesserung des Lebens bringt. Gleichzeitig wächst das Bewußtsein hinsichtlich der Bedeutung des Kollektiven und des Allgemeinen als Triebkraft zur Realisierung der Bürgerrechte. Das politische Engagement von etwa 30 Prozent der Bevölkerung, die in irgendeiner Weise mit der partizipativen Haushaltsplanung verbunden sind, führt dazu, daß sich die Bürger als Handelnde und Mitwirkende des politischen und administrativen Lebens der Stadt fühlen. Auf diese Weise entsteht ein Widerspruch: Einerseits wird die Bevölkerung gegenüber der Stadtregierung fordernder, kritischer; andererseits erkennt sie klarer, wenn und in welchem Maße das politische Angebot dieser Regierung mit ihren Interessen übereinstimmt.

Dies erklärt die mehrfache Wiederwahl der Bürgerverwaltung. Die Partizipation hat gelehrt, daß die Mittel begrenzt und die Bedürfnisse unbegrenzt sind. Das Verständnis dafür zeigt sich zum Beispiel, wenn die Bevölkerung eines Viertels fordert, daß alle Straßen

ohne Asphalt einen Belag erhalten. Aber die verfügbaren Mittel erlauben nur die Asphaltierung einer Straße. Die Auswahl der Straße, welche Vorrang hat, ist ein Vorgang, der Uneigennützigkeit, die Abwesenheit von Egoismus und Individualismus und die Entwicklung eines umfassenden Bürgerbewußtseins erfordert. Die Einsicht, daß »meine Straße« unter dem Gesichtspunkt des öffentlichen Interesses nicht die wichtigste ist, weil zur Zeit die Asphaltierung und der Bus in einer anderen Straße als in der, in der ich wohne, besser der Gemeinschaft dienen, ist eine schwierige Entscheidung, denn sie bedeutet die Abkehr von individualistischen und auf Konkurrenz ausgerichteten Wertebezügen und die Hinwendung zu Maßstäben, die ein soziales Leben unterstützen, das auf solidarischen und kooperativen Werten basiert. Dies ist eine kulturelle Wandlung. Obgleich mit widersprüchlichem und unterschiedlichem Verlauf, erkennt man die Entwicklung einer Kultur der Partizipation, in der sich die Handelnden immer mehr als Subjekte mit Rechten und Pflichten sehen.

Die Partizipation der Bevölkerung als sozialer Prozeß konzentriert sich auf den Sinn und die Struktur des kommunalen Staatsapparates. Der Druck, den die Bevölkerung mit Blick auf eine rasche Umsetzung der politischen Maßnahmen ausübt, erfordert ein dynamisches, unbürokratisches Vorgehen und offene, auf einer Ebene verlaufende und flexible öffentliche Strukturen. Die wachsende öffentliche Kontrolle der Regierungsmaßnahmen erweist sich als Keim für eine neue Art von Staat: einen unbürokratischen, entprivatisierten, demokratisierten Staat mit einer vernünftigen sozialen Kontrolle.

Dies ist kein abgeschlossener Vorgang. Die partizipative Haushaltsplanung ist in Bewegung. Sie besitzt eine auf der Grundlage konkreter Erfahrungen aufgebaute und Jahr für Jahr in demokratischer Form aktualisierte innere Struktur, die die neuen Erfahrungen der Selbstorganisation aufnimmt und umsetzt. Es gab zahlreiche Initiativen des kommunalen Gesetzgebers, mit denen versucht wurde, die Funktionsregeln der partizipativen Haushaltsplanung in Gesetze zu fassen. Diese Versuche wurden jedoch von der Bevölkerung zurückgewiesen, weil sie die Schaffung eigener Erfahrungen kontrolliert, eingegrenzt und schließlich sogar zurückgenommen hätten.

Seit 1999 wird die Erfahrung von Porto Alegre, der Hauptstadt des Bundesstaates Rio Grande do Sul, auf den gesamten Bundesstaat ausgedehnt, denn in jenem Jahr wurden dieselben politischen Kräfte, die Porto Alegre regieren – die Volksfront unter Führung der Arbeiterpartei –, an die Spitze der Regierung des Bundesstaates gewählt.

Der Widerhall des Partizipationsprojektes in der Bildung zeigt sich in einer fortgesetzten Demokratisierungsbewegung der Schule. Die Institution Schule, als schulische Einheit wie auch als Teil der Gesamtheit des kommunalen Netzes, erfährt eine Neubestimmung ihrer sozialen Rolle, die die Gesamtheit der Beziehungen zwischen den Schulen und dem gemeinschaftlichen Ganzen erreicht. Vor allem aber zeigt sie sich in der Übernahme der Verpflichtung, allen Schülern den Zugang zu Wissen zu garantieren, wobei dieser Zugang als ein Bürgerrecht des Schülers als lernender Mensch angesehen wird.

Beeinflußt von der partizipativen Dynamik der Stadt begannen die Schulgemeinschaften im Jahre 1993 mit umfangreichen Diskussio-

Das pädagogische politische Projekt des kommunalen Netzes ist, im Rahmen der Bildung, ein spezifischer Bestandteil der Entprivatisierung, der Demokratisierung des Staates und der Schaffung öffentlicher, nichtstaatlicher Bereiche durch Möglichkeiten der Partizipation, die die soziale Kontrolle der Schule gestatten. Da die Bildung traditionell Teil des Staatsapparates ist, kann sie im Bildungsprozeß des Menschen sowohl die im Interesse der Herrschenden stehenden, ausgrenzenden Werte und Praktiken widerspiegeln als auch die Anschauungen und Visionen von einer Welt, in der der menschliche Fortschritt, die Nichtdiskriminierung, die Emanzipation und der Kampf gegen jede Art von Diskriminierung, Unterdrückung und Gewalt im Mittelpunkt stehen. Es ist, wenn es um Partizipation geht, nun ganz offensichtlich notwendig, auch die sogenannte »öffentliche« Schule, die genau genommen eine staatliche Schule mit privatem Inhalt ist, über die Partizipation der Bürger in eine wirklich öffentliche, das heißt in eine entprivatisierte und demokratische Schule, umzugestalten.

nen zum Thema »Die Schule, die wir haben – und die Schule, die wir wollen«. Diese Diskussionen fanden mit der konstituierenden Versammlung im Jahr 1995 ihren Abschluß. Die Erfahrungen der partizipativen Haushaltsplanung der Stadt hatten auf sie einen nahezu durchweg positiven Einfluß, denn viele der Lehrer und Funktionäre waren an der partizipativen Haushaltsplanung beteiligt, teilweise sogar als Mitglieder der Leitung.

In der Auswertung wurde festgestellt, daß an den Schulen bis zu 30 Prozent der Schüler das Schuljahr nicht bestanden und etwa 6 Prozent die Schule vorzeitig verlassen hatten. Diese Fakten waren bis dahin wenig bekannt gewesen oder von den Erziehern und der herrschenden Schulkultur als »normal« angesehen worden. In der Debatte wurde nun klargelegt, daß, wenn aus diesem schulischen Mißerfolg keine Lehren gezogen werden, er zu einem machtvollen Instrument sozialer Ausgrenzung werden würde, womit der Schule die Rolle zufiele, die Diskriminierung derjenigen, welche schon durch die Ausgrenzung gekennzeichnet zu ihr kommen, nur noch weiter zu verfestigen. In der Folge wurde in den Schulgemeinschaften die Schule in all ihren Aspekten einer gründlichen Prüfung unterzogen. Lehrpläne, Kenntnisse, Führung, Bewertung und Prinzipien des Zusammenlebens waren die Punkte, über die in der konstituierenden Versammlung demokratisch entschieden wurde. Die Gesamtheit der Entscheidungen wurde dem kommunalen Sekretariat für Bildung als Richtlinie für die Bildungspolitik übergeben.

Im Mittelpunkt des Versammlungsbeschlusses standen: die Notwendigkeit einer Beteiligung der Schülerinnen und Schüler, Funktionärinnen und Funktionäre, Lehrerinnen und Lehrer und der Leitungen der Kommunen an der Demokratisierung der Verwaltung und der Schule; der Wissenserwerb auf der Grundlage von Erfahrungen und Problemen, die dem Leben der Gemeinschaften innewohnen; eine emanzipatorische Bewertung schulischer Leistungen, die den Erfolg des lernenden Schülers sucht und die Bewertung als klassifizierendes und selektierendes Urteil aufhebt; die Entwicklung einer Politik der Integration von Vertretern spezieller Bildungsbedürfnisse; die Organisation einer Alphabetisierungskampagne für Erwachsene und die Bereitstellung eines differenzierten pädagogischen Angebotes für die Grundausbildung Erwachsener; die Abschaffung der Kategorien »Ausschluß« und »Unterbrechung« in den Schulordnungen, weil sie als ausgrenzend, als eine Beschneidung der Rechte der Schüler, Kinder und Jugendlichen angesehen werden, sowie die gemeinsame Aufstellung von Verhaltensnormen, die die Kultur des Friedens und die Nichtanwendung von Gewalt beinhalten.

Diese Richtlinien sind – wie man leicht erkennen kann – nicht die Früchte einer »spontanen Eingebung«, sondern Teil der demokratischen Traditionslinie, die durch die sozialen Bewegungen, durch Akademiker und all jene, die geschichtlich mit der demokratischen öffentlichen Bildung verbunden sind, entwickelt worden ist. In dieser Diskussion hatte auch die Bürgerverwaltung ihren Platz, sie war nicht »freigestellt«, sondern unterstützte den Prozeß mit Texten, Seminaren und Konferenzen, womit sie auch zur Weiterbildung beitrug.

Klar wurde natürlich, daß ein solcherart gestaltetes Bildungsangebot nicht in das institutionelle Korsett der konventionellen öffentli-

chen Schule paßt. Die traditionelle öffentliche Schule als Teil des Staates reproduziert ihre von oben nach unten verlaufende, hierarchische und ausgrenzende Form. Die traditionelle Schule reproduziert eine Fabrik, die schon nicht mehr existiert. Wie in der Taylor-Ford-Fabrik ist die schulische Arbeit aufgeteilt, in spezielle und isolierte Funktionen zerstückelt. Das Wissen ist auf standardisierte Inhalte und Abfolgen reduziert. Jede Etappe der Arbeit ist Voraussetzung für die darauf folgende Etappe. Der Unterricht ist in voneinander abgegrenzten Fächern organisiert, eingesperrt in die sogenannten Stundenplan-»Käfige«. Eine Zusammenführung der verschiedenen Wissensgebiete erfolgt kaum.

Das Bildungsprojekt der Bürgerverwaltung, die Bürgerschule, wurde zu einer Zeit eingerichtet, als auch staatlicherseits ein neuer Vorschlag zur Umwandlung der traditionellen Schule vorgelegt worden war. Das Voranschreiten der Globalisierung und die Hegemonie der Interessen des Marktes brachten das Bedürfnis nach Schulen hervor, die an die neue makro-ökonomische Situation angepaßt sind. Die Regierungen von Brasilien und der Mehrheit der Länder Lateinamerikas, die bereits eine Politik der Privatisierung, der Marktöffnung sowie der »Flexibilisierung« der Arbeitsbeziehungen und der Gesetze zum Umweltschutz betreiben, akzeptieren auch die durch die internationalen Organisationen, die die Globalisierung lenken, herausgegebenen Bildungsrichtlinien. Die Weltbank ist zum Hauptverkünder der Bildungspolitik für die peripheren, jetzt als »Schwellenländer« bezeichneten Staaten geworden.

Die Politik der Weltbank schlägt eine konservative Modernisierung der traditionellen Schule vor, sie führt Elemente zur Begrenzung der Rechte ein und versucht, einige humanistische Werte, die die öffentliche Schule von der republikanischen Tradition der Französischen Revolution übernommen hat, wieder zu beseitigen. In der »neuen« Schule des Marktes, der *mercoescola*, gibt es keinen Platz für humanitäre Überlegungen. Ihr Ziel ist es, in die Schulkultur die Werte des Marktes einzuführen. Die *mercoescola* arbeitet mit der Unternehmenssprache. In den Dokumenten der offiziellen Organe der Bundesregierung wird üblicherweise die Sprache der Geschäftswelt verwendet, so zum Beispiel: Optimierung der Mittel, Maximierung der Dividenden, Produktivität, Kosten-Nutzen-Relation, Gesamtqualität, Vergleichsnutzen und andere Begriffe. Diese Sprache ist Träger marktideologischer Werte. Sie enthält die Logik des Wettbewerbs, des Individualismus, des Egoismus und die Wertung der Sieger, der Besten, der Erfolgreichsten im Wettbewerb. Das ist »Sozialdarwinismus«, der in die Schule eindringt mit dem Ziel, eine Marktmentalität zu schaffen, eine Kultur des Bürgers als Kunde und Verbraucher. In Brasilien bedeutet die Einführung der *mercoescola* nicht, die Schule als Institution zu privatisieren, aber sie bedeutet, die Institution in den Dienst der Verwurzelung und der Verbreitung einer Kultur des Privaten zu stellen.

Es wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die *mercoescola* zu stärken. So wurden zum Beispiel sogenannte nationale Stundenplanparameter aufgestellt. Obgleich die Rede davon war, daß die Annahme der Parameter nicht obligatorisch sei, hat das Ministerium für Bildung die Schulen so bedrängt, daß es fast unmög-

Die Schnittstellen der Erscheinungen, die Vielfalt der Verbindung dieser Schnittstellen mit den Erkenntnissen der Gesamtheit der Wissenschaften – all das wird nicht verstanden oder als zweitrangig angesehen. So wie in der Taylor-Ford-Fabrik die Arbeiter spezielle Aufgaben erfüllten, ohne Zugang zu Kenntnissen über den Arbeitsprozeß in seiner Gesamtheit bis hin zum Endprodukt zu haben, fehlt den Erziehern in der Schule im Allgemeinen der Blick für das Ganze sowie die interdisziplinäre Praxis, und sie bilden Individuen mit einer ebenfalls zerstückelten Sicht aus, die die Realität in ihrer Oberflächlichkeit sehen, in Teilen, als ob sie die Welt durch ein Fenster betrachteten.

lich ist, sie nicht anzunehmen. Dies gilt zumindest für die Mehrheit der brasilianischen Bundesstaaten. Es wurde didaktisches Material zusammengestellt – wie zum Beispiel Fibeln und Videos –, und man verteilte kostenlos didaktische Bücher. Gleichzeitig wurden zahlreiche Programme zur »Schulung« der Lehrer in der Anwendung der Parameter durchgeführt. Für einen Großteil der Schulen des Landes stellen die kostenlose Bereitstellung von Material und die »Schulung« der Lehrer die einzigen einigermaßen innovativen Alternativen dar; der überwiegende Teil der Erzieherinnen und Erzieher kann das Material, unabhängig von dessen Wert, nicht abweisen. Und um die Schulen noch mehr zu binden, gibt es das nationale Bewertungssystem, das auf die »Lehrplanparameter« Bezug nimmt. Damit dringt der kulturelle Inhalt der *mercoescola* weiter vor, wie ein hegemonistischer Lehrplan, der im ganzen Land anzutreffen ist. Diese Parameter äußern sich in einigen Fällen in didaktischen Aktivitäten, bei denen die Gründung von Unternehmen geübt wird, in Mathematikspielen mit ausgesprochenem Wettbewerbscharakter, in der Aufstellung von Banksalden und der Simulation von Spielen an der Wertpapierbörse. Außerdem schlagen sie die Schaffung freiwilliger Arbeit durch »Freunde der Schule« vor, aber immer mit dem Ziel, die Kosten der Bildung den Gemeinden zu übertragen.

Man spricht in den Programmen der *mercoescola* auch von Partizipation, von Dezentralisierung und von Bürgerrechten. Aber in diesem Zusammenhang haben die Begriffe eine andere Bedeutung. Die Dezentralisierung und die Partizipation werden als Formen angesehen, um die Gemeinschaften zu verpflichten, kostenlose Dienste zu leisten und den Staat von seiner Verpflichtung zur Investition im Bildungsbereich zu entbinden. Die Last der Erhaltung der Schule wird wieder den Gemeinschaften übertragen. Die Bildung wird also als eine Ware und nicht als Recht angesehen.

Die Bürgerschule, die *escola cidadã*, steht im Gegensatz zu dem durch die *mercoescola* repräsentierten Projekt. Ihre Aufgabe ist es, sowohl die traditionelle Schule zu überwinden als auch den Gegenpol zur *mercoescola* zu bilden. Die Kultur der *escola cidadã* basiert auf der kollektiven Arbeit der Erzieher, auf der Praxis der Partizipation als Form, das Wissen zu artikulieren, um das Lernen für alle effektiver zu gestalten.

Die partizipative und demokratische öffentliche Schule stellt die der traditionellen Schule innewohnende Vereinheitlichung und Standardisierung in Frage. Die Erfahrung der direkten Demokratie durch die partizipative Haushaltsplanung der Stadt pflanzt sich in der Schule fort. Das gleiche Recht auf Zugang zum Wissen ergibt sich aus dem aktiven und interaktiven Handeln der Menschen. Diese zeigen ihre Unterschiede, ihre Gemeinsamkeiten, ihre individuellen und kollektiven Besonderheiten. Die Kultur der Partizipation enthüllt folglich die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede. Die Dialektik des Unterschieds bekräftigt die Gemeinsamkeiten. Die Gleichheit als Prozeß der Herausbildung historisch-kulturell Handelnder verschiedenen Alters erscheint als ein konkreter Raum von Kämpfen zur Bestätigung der menschlichen Emanzipation. Die Funktion der Bildung als Prozeß der menschlichen Weiterentwicklung, des Schaffens von individuellen und kollektiven Identitäten

wird deutlich. Der Erfolg des lernenden Menschen übertrifft die vorgefertigten kognitiven Parameter in der traditionellen Schule und in der *mercoescola*. Von der Welt lernen in der Beziehung zum Anderen, Parameter von sich selbst durch Selbsterkenntnis erhalten – der Schüler, der lernt, bringt sich ein in einen kollektiven Prozeß kooperativer, solidarischer und umfassender Handlungen. Die Bürgerschule bedeutet folglich die kulturelle Umwandlung der staatlichen Schule in eine öffentliche Schule, von einer Schule, die ausgrenzt, in eine Schule, die emanzipiert.

Zu ihren Wertevorstellungen gehören vor allem die Emanzipation, die kollektive Arbeit, die Respektierung der Unterschiede, die Bejahung der Gemeinsamkeiten, die Praktiken der Gleichheit, das solidarische Handeln, das Wissen als geschichtliche Erfahrung und die vollen Bürgerrechte als Utopie von der Gestaltung der sozialen Beziehungen im Kleinen wie im Großen. Die Erfahrung von Porto Alegre zeigt innerhalb ihrer Grenzen den Prozeß der Zuspitzung von Widersprüchen und Möglichkeiten, von kulturellen Potentialen zur Schaffung einer »anderen möglichen Welt« als Gegenposition zu der Vermarktung des Lebens.